

# Gemeinde Walluf im Rheingau

– Gemeindevertretung –



## Antrag der Fraktion Bürgervereinigung Walluf (BVW)

Datum: 20.09.2022

Drucksache-Nr: /2022

Vorgesehene Beratungsfolge:

Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt 28.09.2022

Gemeindevertretung 13.10.2022

### **Bebauungsplan Rosenhof: Städteplanerischer Wettbewerb**

Beschlussvorschlag | Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird gebeten, einen Wettbewerb von Städteplanern zu veranlassen, um weitere Ideen zur bestmöglichen Entwicklung des Plangebietes „Rosenhof“ zu erhalten. Alternativ könnten auch Bauträger im Verbund mit Städteplanern zu einem solchen Wettbewerb aufgerufen werden.

Begründung:

[ Lage ]

Am 29. Juni und 14. Juli 2022 wurde dem Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt bzw. der Gemeindevertretung ein erster Vorentwurf für eine mögliche Bebauung im Bebauungsplangebiet „Rosenhof“ vorgestellt. Dieser hat die von der Gemeindevertretung in fünf Arbeitssitzungen formulierten anspruchsvollen Vorgaben sämtlich aufgegriffen.

[ Ziel ]

Mit dem „Rosenhof“ erweitert Walluf seine Wohnbaufläche um 4 ha oder gut 6 %. Diese soll u. a. modernsten Ansprüchen an Energieerzeugung und -verbrauch sowie Verkehrsnetzen

tung bzw. -führung genügen und „bezahlbares“ Wohnen ermöglichen. Zugleich soll das Neubaugebiet sich gut in seine Umgebung einfügen und dauerhaft den Einwohnern eine Freude sein. Diese verschiedenen Ansprüche „unter einen Hut“ zu bekommen, ruft nach den besten Ideen. Eine gute liegt uns vor, doch können wir nicht sicher sein, ob es nicht noch weitere innovative, nach und zu Walluf passende und realisierbare Lösungsvorschläge gibt.

[ Maßnahme ]

Diese Frage kann nur nach Durchführung eines Wettbewerbs beantwortet werden.

Ein Wettbewerb nur von Stadtplanern brächte möglicherweise die innovativsten Ideen zu Tage.

Ein Wettbewerb von Bauträgern im Verbund mit Städteplanern könnte die Gewähr dafür bieten, dass vorgeschlagene Ideen auch kostengünstig umsetzbar sein werden. Mit einem siegreichen Bauträger könnte ein städtebaulicher Vertrag zur Entwicklung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans abgeschlossen werden.



Dr. Richard Reuter  
Fraktionsvorsitzender